

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Kollektion: Stahlfreibrücke 34/35 (Ersch. 5-6 Uhr)
Telefon: Amt Marienplatz 12879

Erscheint zweimal täglich, Samstags und Montags einmal

Expeditoren und Inseratenannahme: Berlin S 11
Stahlfreibrücke 34/35 (Telefon: Marienplatz 12879)

Der Preis pro Exemplar beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.- Pfg. Für den Rest des Reiches 12.- Pfg. Bei Bestellung unter Kreuzband für Zeitspendler und Ausland 12.50 Pfg. - Pfg. Bei Bestellung unter Kreuzband 12.50 Pfg. - Pfg. Bei einmaliger Bestellung einzeln. Porto und Verfracht.

Begründet von
Karl Piebisch und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die Spaltenzahl pro Anzeigensatz über deren Raum mit 4.- Pfg. Familien- und Organisationsangelegenheiten 3.- Pfg. netto. - Kleinanzeigen: Das letztgenannte Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg. - Bei Familien- und Organisationsangelegenheiten das letztgenannte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. - Kleinanzeigen 12 Pfg.

Für die proletarische Einheitsfront

Zur Kritik der Partei

Sind wir schon eine festgefügte Partei?

Von Friesland

Berlin, den 3. Februar

Im März Neuwahlen der Betriebsräte

Der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, der am 1. und 2. Februar in Berlin verammelt war, fordert die kritischen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, die zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem dritten zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden.

Weiter heißt es in der offiziellen Bekanntmachung: Einseitige Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freigewerkschaftlicher Gewerkschaftler nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem U.S.P.D. und dem W.A.-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen.

Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

Für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Sozialorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands.

Für die Kontrolle der Produktion und die reifste Zusammensetzung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands.

Für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsratsgesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugänglich worden ist, und für die Überführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Unsere Genossen müssen es natürlich ablehnen, für diese verschiedenen Forderungen, die der Arbeiterkampf nun schon, wie wir weiß, zum mißliebigen Mal, vorgelegt werden, einzutreten. Wäre es der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale wirklich um einen ernsthaften Kampf für die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats zu tun, so hätte ihr der Offener Brief der U.S.P.D. eine willkommene Gelegenheit sein müssen. Die Gewerkschaftsbirokratie stellt es nicht einmal für notwendig, unserer Zentrale auch nur eine Antwort zu geben. Viele Hunderttausend Gewerkschaftsmitglieder haben sich begeistert für die Forderungen des Offenen Briefes ausgesprochen. Täglich vergrößert sich diese Zahl.

Aufgabe unserer Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß die Betriebsratswahlen unter der Parole

Für oder gegen die proletarische Einheitsfront

durchgeführt werden. Mit dem Wahlkampf muß auch sofort einsetzt werden. Die Grundgedanken des Offenen Briefes müssen in jedem Betriebe besprochen, jeder einzelne muß davon überzeugt werden, daß die Aktion notwendig ist, notwendig im Interesse der darbenenden und hungernden Proletarier.

Wo es nicht gelingt, solche Gewerkschaftsmitglieder auf die Mehrheitseite zu bringen, die sich vorbehaltlos für die Forderungen des Offenen Briefes erklären, müssen unsere Genossen

den Kampf durchsetzen. Kein revolutionärer Arbeiter darf seine Stimme für die kompromittierten Forderungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale abgeben. Genossen! beginnt unverzüglich mit einer umfassenden planmäßigen Aufklärungsarbeit; damit die Betriebsratswahlen im März ein für die revolutionären Arbeiter ehrenvolles Resultat zeitigen.

In Rülfringen, der ostbayerischen Vorstadt Wilhelmshaven, in der sich der alte rechtssozialistische Ueberrevisionist Hug und die Unabhängigen um die Führung der U.S.P.D. streiten, haben sich zwei große Versammlungen der ArbeiterInnen am 27. und 31. Januar, gegen wenige Stimmen für den Offenen Brief der U.S.P.D. erklärt und das Gewerkschaftsartell aufgeföhrt, den Offenen Brief zur Grundlage für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats zu machen.

Die ober-schlesischen Eisenbahner für den Offenen Brief: Eine starbeseuchte Generalversammlung der Ortsgruppe Ophela des Deutschen Eisenbahnerverbandes stellte sich mit sämtlichen gegen vier Stimmen auf den Boden des Offenen Briefes.

In Rauen nahm die Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die am 30. Januar tagende Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Bahnhofs Rauen, mißbilligt aufs schärfste die Schreibweise des „Proletarier“ (Artikel 1. Absatz in Rot, die erste Sitzung des Verbandsbeirats). Sie mißbilligt die Stellungnahme des Verbandsbeirats in Frage der Internationalen. Nicht nur geschlossen auf den Boden des Offenen Briefes der U.S.P.D. und W.A.-B., sondern in diesem Sinne zu wirken und zu handeln.“

Die Gewerkschaftskommission Tempelhof-Marienborf, Lindenstraße-Marienfelde erklärte sich in ihrer letzten Sitzung einstimmig, einseitig mit der Rechtssozialisten und Unabhängigen, mit den Forderungen des Offenen Briefes einverstanden.

Die Belegschaft des Mansfelder Hermannshutes einstimmig für die Einheitsfront

Dieser Tage fand eine Belegschaftsversammlung aller Arbeiter des Hermannshutes, circa 2000 Arbeiter, statt, die sich einstimmig hinter die revolutionären Forderungen stellte. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die für die Einheitsfront des Proletariats gemäß dem Offenen Brief der U.S.P.D. eintritt. Außerdem wurde das Verhalten der Gewerkschaftsbirokratie, die verweigert die kommunistischen Verbandsmittelglieder zu akzeptieren, gebührend gebrandmarkt. Die Belegschaft steht auf dem Standpunkt, daß gerade die kommunistischen Mitglieder in den Gewerkschaften als die Wamgarde der Arbeiter anzusehen ist.

Die Einheitsfront der Magdeburger Arbeiter gegen die Konterrevolution

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)

Magdeburg, den 3. Februar.

Bei der gestern nachmittag, in Magdeburg einberufenen, von etwa 2500 Personen besuchten Parteiversammlung gegen die Verhaftung des Genossen Vater und der Stenbaler Genossen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 3. Februar 1921 im überfüllten Admirals-Palast Magdeburgs durch unsere versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Magdeburgs, erheben schärfsten Protest gegen die durch nichts gerechtfertigte Verhaftung des Genossen Albert Vater und der übrigen Stenbaler Genossen und fordern die sofortige Freilassung aller Inhaftierten. Sie erklären in dem Vorgehen des Reichswehrgruppenkommandos I den Auftrag der Gegenrevolutionäre aller Schattierungen auf Unfruchtbarkeit der Herrschaft der Militärärschatur und des weichen Schredens und sind bereit, sich nicht mit papierernen Resolutionen zu begnügen, sondern die Schlage der Gegenrevolution mit allen Mitteln zu parieren. Die Verammlung fordert die Arbeiterzeitung Magdeburgs zum engsten Zusammenschluß auf dem Boden der 3. Internationalen, zur Abwehr aller Anschläge der Reaktion auf. Sie nimmt weiter Kenntnis von der Kampfanlage des Rechtssozialisten Göring und wird die Herausforderung zum Kampfe zu beantworten wissen.“

Diskussionsredner haben im zustimmenden Sinne gesprochen.

Einheitsfront in Turin gegen die Weißen

Es mehren sich die Anzeichen, daß die italienischen ArbeiterInnen auch in Turin, der Hochburg des revolutionären Proletariats, einen Kampfbereich verdrängen. Die Arbeiterzeitung ist aber auf dem Boden und bereit, dem herrschenden Geistbild gegenüberzutreten. Die kommunistischen Turiner haben sich mit den Sozialisten dahin verständigt, daß ein etwaiger weißgardistischer Ueberfall die geschlossene Einheitsfront des Proletariats finden wird.

Der Streik in den Hamburger Landbetrieben geht weiter

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)

Hamburg, 3. Februar.

Der Streikenden wurde der Schloßspruch für die Streikenden in den Landbetrieben der Metallindustrie bekannt gegeben. Nach einer ausführlichen Beratung wurde eine Resolution beschlossen, die für die Einheitsfront des Proletariats gemäß dem Offenen Brief der U.S.P.D. eintritt. Außerdem wurde das Verhalten der Gewerkschaftsbirokratie, die verweigert die kommunistischen Verbandsmittelglieder zu akzeptieren, gebührend gebrandmarkt. Die Belegschaft steht auf dem Standpunkt, daß gerade die kommunistischen Mitglieder in den Gewerkschaften als die Wamgarde der Arbeiter anzusehen ist.

Die faktischmäßig vorgenommene geheime Abstimmung ergab bei 5056 abgegebenen Stimmen für Ablehnung 4688 Stimmen, für Annahme 294 Stimmen; ungültig waren 74 Stimmen.

Mustapha Kemals Antwort an die Alliierten

(S.M.) London, 3. Februar.

Mustapha Kemal soll einen Bericht und Konstantinopel geschickt haben, mit dem Ergebnis, ihn den Alliierten zu überreichen. Man hält diesen Bericht für bedeutend. Mustapha sagt darin, daß die Nationalversammlung in Angora die einzige wahnsinnige Vertretung des türkischen Volkes sei. Die Regierung in Konstantinopel sei nur eine Puppe. Die Einladung der alliierten Regierungen mußte an ihn gerichtet werden. Trotz Mustapha Kemals Gattinng verlanget in London, daß Jazeth Pascha als Führer der türkischen Delegation nach London kommen werde. Der alliierte Regierung seien die türkischen Parteizustimmungen gleichgültig, denn sie sei davon überzeugt, daß die geliebte Barmarkt die Türkei dazu bringen werde, ihre eigene Sache in England zu vertreten.

Arbeiterunruhen in Argentinien

(S.M.) Buenos Aires, 3. Februar.

Die Eisenbahner haben sich für den Streik erklärt. Im ganzen Lande sind Arbeiterunruhen ausgebrochen. Die höheren Militärbeamten sind in den Sympathiekreis getreten.

Berlin, den 3. Februar

Selbstkritik ist die Lebensluft der Partei, zumal einer, die sich so im Werden ist, wie die unsere. Der wackelige Parteilich des Genossen Friesland ist ein Beitrag zu dieser ebenso notwendigen wie schmerzlichen Selbstkritik. Aus diesem Grund haben wir für möglich, ihn der Parteifriedlichkeit vorzulegen, ohne deswegen die darin vertretenen Ansichten zu teilen. Es verlohnt sich, daß mit der Annahme der letzten Resolutionen über Fragen der Kommunistischen Internationale und ihrer deutschen Sektion im besonderen durch die Zentrale die Parteistellung nicht abgeschnitten, sondern erst auf eine feste Grundlage gestellt ist. Wir bitten die Genossen, die sich an dieser Diskussion beteiligen werden, vor allem um möglichste Schnelligkeit, Bestimmtheit und die Vermeidung von Wiederholungen.

Redaktion der „Roten Fahne“

Mancherlei Erscheinungen im Leben der neuen Vereinigten Kommunistischen Partei zwingen dem aufmerksamen Beobachter diese Frage auf. Die K.P.D. wies neulich in einer Polemik gegen einen Aufsatz von mir darauf hin, daß die Massen der U.S.P. durch einen rein mechanischen Vorgang in die neue Vereinigte Partei und dadurch unter die Obhut der so wenig geliebten Sparta-Zentrale geriert sei. Ohne Zweifel liegt dieser kritischen Bemerkung ein richtiger Kern zugrunde. Ohne auf die Frage einzugehen, wie weit die von der Exekutive in einem Jahre vor dem Hallenser Parteitag getriebene Politik, die zu den 21 Bedingungen geführt hat, die richtige war, muß doch festgestellt werden, daß durch die bloße Annahme dieser 21 Bedingungen die revolutionäre kommunistische Massenpartei noch nicht entstanden ist. Nicht nur, daß keine wirklich revolutionär gewonnenen Arbeitermassen immer noch der U.S.P.D. angehören, trotzdem sie ihrer ganzen Auffassung nach zu uns gehören, auf der anderen Seite muß auch offen festgestellt werden, daß noch nicht alle Elemente der neuen Vereinigten Kommunistischen Partei genügend kommunistisch zuverlässig sind. In dem zitierten Artikel der K.P.D. wird davon gesprochen, daß eine schwache Hoffnung vorhanden sei, daß für die sogenannte „proletarische Politik“ der K.P.D. doch noch Verständnis vorhanden sei.

Wir verkennen nicht, daß in der U.S.P.D. starke Strömungen vorhanden sind, die man als K.P.D. bündlich bezeichnen kann. Doch irren die Intellektuellen der K.P.D. sich sehr, wenn sie meinen, diese Sympathien für die K.P.D. bündliche Auffassungen besäßen sich auf die Politik der K.P.D. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Stellungnahme zu den Gewerkschaften von allen revolutionären Arbeitern nicht nur verstanden wird, sondern daß unser Kampf in den Gewerkschaften, die offensichtlich ausrichtlichen Erfolge, die er jetzt schon zeitigt, uns die Sympathien auch der K.P.D.-Arbeiter einbringen. Wenn von K.P.D. bündlichen Strömungen in unserer Partei die Rede sein kann, dann liegen diese auf ganz anderem Gebiete. Diese Strömungen kommen zum Ausdruck nicht nur in inneren Parteileben. Es sind Fragen der Parteiorganisation, des Parteiaufbaues, die von uns mit viel größerem Ernste gelöst werden müssen. Die Erscheinungen, die sich in unserem Parteileben zeigen, sind ähnlicher Natur, wie die in der russischen Partei, die zu den lebhaftesten Diskussionen auch unter den russischen Genossen geführt haben. Die kommunistisch gesonnenen Arbeitermassen unserer Partei haben einen jahrelangen verzweifeltsten Kampf gegen ihre Bürokratie geführt. Innerhalb der U.S.P.D. ist dieser Kampf zum Teil unter dem Signum der „Konzentration“ geführt worden, und erst langsam entwickelten wir die positiven Wege zur Überwindung des Reformismus innerhalb der Arbeiterzeitung. In der Mitgliederzeitung unserer Partei kommt dieser geschichtliche Werdegang von der U.S.P.D. zur kommunistischen Partei auch darin zum Ausdruck, daß ein über alle Massen starker Widerspruch gegen alle Führung, gegen alle Parteipolitik vorhanden ist. Die Arbeitermassen, deren revolutionäre Stimmung bedeutend gehobener ist, als manche der mittleren und oberen Funktionäre es wahr haben wollen, wollen den Bruch mit der Vergangenheit, wollen den Bruch mit allen bisherigen Parteimeethoden, wollen auch in der Partei eine gesunde Entwicklung zur Arbeiterdemokratie; wie Genosse Trozki kürzlich in einem Artikel das Wort prägte. Diese mißtrauische, abwartende Einstellung muß von der Partei unter allen Umständen nicht nur richtig verstanden, richtig behandelt werden, sie muß auch aus der rein negativen abwartenden Haltung zu positiver revolutionärer Mitarbeit an dem Aufbau der Partei, an dem politischen Leben der Partei ausgenutzt werden. Die Moskauer Bedingungen schreiben einen starken Zentralismus in der Partei vor. Aber in keinem Momente der